



Moin!

SPD und Gewerkschaften wissen, was sie aneinander haben. Der 1. Mai hat es wieder deutlich gemacht: Viele Ziele erreichen wir nur gemeinsam. Gerechte Bildungspolitik, gerechte Einkommensverteilung, Wachstum und vor allem mehr Arbeitsplätze. Wir arbeiten besonders auf zwei Großbaustellen. Nummer eins: Menschen, die Arbeit haben und Tag für Tag ihre Pflicht tun, dürfen nicht Gefahr laufen, in prekäre Jobs abzurutschen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie aus der Mittelschicht fallen. Nummer zwei: Noch mehr als bisher müssen wir arbeitslose Menschen wieder in Lohn und Brot bringen – anständig bezahlt. Die Gewerkschaften leisten mit weitsichtigen Tarifabschlüssen dazu ihren Teil. Die Politik muss für Mindestlöhne, bessere Altersteilzeit und Erwerbslosenrente sorgen. Die SPD kämpft dafür. Die CDU ist dagegen. Und die CSU pöbelt am 1. Mai gegen die Gewerkschaften als Klassenkämpfer. Die Gewerkschaften und wir streiten weiter 'an Seil'. Nicht nur an den Mikrofonen des 1. Mai, sondern im Alltag ab dem 2. Mai.

Viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

Gute Arbeit muss drin sein!

Zum 20. Mal fand die Kundgebung zum 1. Mai des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unter dem Motto „Gute Arbeit muss drin sein“ im Norder Weiterbildungszentrum der Kreisvolkshochschule Norden statt. Als Hauptredner griff Garrelt Duin das Motto auf: „Es ist nicht richtig, dass Menschen 8 Stunden am Tag arbeiten, aber nicht von dem Lohn leben können und als sogenannte ‚Aufstocker‘ zusätzlich noch staatliche Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Das ist Unsozial. Deshalb brauchen wir einen Mindestlohn, so wie in 22 anderen Ländern der Europäischen Union“, sagte Duin. „Der Aufschwung ist da. Auch durch die Leiharbeit konnte die Arbeitslosenzahl von 5 Mio. auf 3,5 Mio. Menschen gesenkt werden“, so Duin weiter. Deshalb dürfe man die Leiharbeit auch nicht „ver-teufeln“. Sie habe den Zweck Produktionsspitzen in Unternehmen mit zusätzlichem zeitlich befristetem Personal zu überbrücken. Dies schaffe in den Unternehmen mehr Flexibilität. „Es besteht ein „Klebeeffekt“, denn oftmals werden Mitarbeiter der Leiharbeitsfirmen in ausgeliehenen Unternehmen übernommen. Wenn Unternehmen aber glauben, dieses System ausnutzen zu



Garrelt Duin sprach auf der Kundgebung des DGB zum 1. Mai.

können, um ihr Stammpersonal zu entlassen, um dann günstige Arbeitnehmer über Leiharbeit im Betrieb zu beschäftigen, um so Sozial- und Lohndumping zu betreiben, dann ist dies nicht im Sinne des Gesetzes“, sagt Duin. Deshalb müsse die die Leiharbeit wieder zeitlich begrenzt werden und der gewerkschaftliche Grundsatz wieder gelten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ Weiter forderte Duin für Niedersachsen ein klares Vergabegesetz. „Wenn öffentliche Verwaltungen Aufträge vergeben, müssen sie auch die Zahlung von Mindestlöhnen und Arbeits- und Sozialbedingungen bei der Auswahl der Unternehmen berücksichtigen können und nicht nur der Preis maßgeblich sein“, sagte der SPD-Politiker. „Junge Menschen dürfen nicht direkt von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit“, so Duin und betonte, dass es Aufgabe der Wirtschaft sei ausreichende Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Jedoch für den Fall, dass sie nicht ausreichend ausbilden, müsse der Staat eintreten. Es liege im Interesse der Unternehmen Fachkräfte auszubilden. In

diesem Zusammenhang kritisierte Duin die niedersächsischen CDU/FDP-Landesregierung, die durch die Einführung von Studiengebühren an den Universitäten zusätzliche Hürden aufbaue. Für die Beschäftigten im Call-Center dem Tochterunternehmen der Deutschen Telekom, Vivento Customer Service (VCS), in Norden forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete eine langfristige Standort- und Beschäftigungsperspektive. „Das Wichtigste für die Beschäftigten in dem Unternehmen und ihrer Familien ist, dass sie eine langfristige Perspektive in Norden haben.“ Abschließend erinnerte Duin an das von den Nationalsozialisten 1933 beschlossene Ermächtigungsgesetz. „Vor 75 Jahren haben die Nazis mit dem Ermächtigungsgesetz ihre Terrorherrschaft errichtet. Deshalb ist es richtig, dass auch die Gewerkschaftsbewegung am 1. Mai an die Ursachen und schrecklichen Auswirkungen erinnert.“ Gerade Gewerkschaften und Sozialdemokraten müssen gemeinsam rechtzeitig gegen Organisationen, die der Demokratie schaden wollen, deutlichen Widerstand leisten. „Gruppierungen wie die NPD gehören deshalb auch nicht in Parlamente, sondern verboten.“

Zukunft der Bahn – Bahnreform weiterentwickeln

Mit ihrem Antrag „Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft – Die Bahnreform weiterentwickeln“ haben die Koalitionsfraktionen die bereits im Koalitionsausschuss vereinbarten Eckpunkte dem Bundestag vorgelegt. Der Antrag wurde am 8. Mai in 1. Lesung beraten. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Verkehrs- und Logistikaktivitäten in einer Gesellschaft bündeln. An dieser Gesellschaft sollen sich künftig Private mit bis zu 24,9 Prozent beteiligen können. Damit werden vier wesentliche Ziele erreicht: Erstens bleiben das Netz und die weitere Infrastruktur auch künftig vollständig im Eigentum des Bundes, denn der Bund bleibt alleiniger Eigentümer der DB AG.

Zweitens wird der Bund auch in der neuen Verkehrs- und Logistikgesellschaft das Sagen haben. Wir werden maximal 24,9 Prozent der Anteile verkaufen. Diese Grenze ist für die SPD nicht verhandelbar.

Drittens bleibt der konzernin-

terne Arbeitsmarkt gesichert. Gewerkschaften und DB AG haben bereits die Fortsetzung der Beschäftigungssicherung bis 2023 verabredet. Viertens bekommen wir damit die notwendigen Mittel, um den



Die von den Koalitionsfraktionen vereinbarten Eckpunkte zur Bahnreform wurden in der letzten Woche dem Bundestag zur Beratung vorgelegt.

Schienenverkehr in Deutschland weiter nach vorne zu bringen und die Deutsche Bahn AG fit für die Zukunft zu machen. Es geht insbesondere darum, Engpässe und Langsamfahrstellen zu beseiti-

gen, Bahnhöfe und Haltepunkte attraktiver zu machen, Lokomotiven und Wagen zu erneuern, den Schienenlärm gezielt zu bekämpfen und die Bahn noch effizienter, noch energiesparender zu machen.

Jugend und Parlament 2008

Auch in diesem Jahr findet das Planspiel „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages vom 31. Mai bis 3. Juni 2008 in Berlin statt. Jugend und Parlament ist die Großsimulation des Planspiels „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren.“ Mit der Bildung von politischen Fraktionen lehnt sich das Planspiel den tatsächlichen politischen Gegebenheiten an. Um den Spielcharakter zu verdeutlichen, werden jedoch nicht die realen Bezeichnungen der Fraktionen gewählt. Die Abgeordneten von „Jugend und Parlament“ handeln z.B. nicht als Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion oder der

SPD-Fraktion, sondern als Abgeordnete der Konservativen Volkspartei oder der Arbeiterpartei Deutschlands. Die Teilnehmer werden vier fiktive Gesetzesvorhaben durch das Gesetzgebungsverfahren bringen und somit die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages kennenlernen.

Zu dem diesjährigen Planspiel werden 308 Jugendliche aus dem ganzen Bundesgebiet auf Vorschlag des jeweiligen Bundestagsabgeordneten teilnehmen. Für den Wahlkreis Aurich-Emden wird der 17-jährige Jannik Sobrado aus Emden an dem Planspiel teilnehmen.

Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion

Das Thema der nächsten Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, die am 28. Mai in Berlin stattfindet, lautet „Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit – mehr als ein Schlagwort“. Eine Million mehr Erwerbstätige seit 2003 und ein robustes wirtschaftliches Wachstum trotz internationaler Finanzmarktcrise sind ermutigende Zahlen. Einen besonderen Schwerpunkt der SPD-Fraktion bilden die veränderten und wachsenden Anforderungen im Beruf und einem verschärftem Wettbewerb. Sie stellen beschäftigte, Betriebsräte und Unternehmen vor großen Heraus-

forderungen bei der Gestaltung von Arbeit. Der Erhalt und die Förderung der Gesundheit ist dabei ein zentraler Baustein für die Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit. Arbeitsverdichtung und starke Belastung führen zu hohen körperlichen und/oder psychischen Erkrankungsrisiken.

Die SPD-Bundestagsfraktion will eine Arbeitsplatzgestaltung, die präventiv den gesundheitlichen Verschleiß reduziert und das Leistungsvermögen steigert. Gute Arbeit, qualifizierte Mitarbeiter und eine Wertschätzung in der Arbeit bringen allen Beteiligten Vorteile.

Politik für Stärkung der Erwerbsbeteiligung Älterer

Das SPD-Präsidium hat sich am 5. Mai 2008 mit dem Thema Beschäftigung Älterer und dem Ausbau von Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand beschäftigt. Das Präsidium hat begrüßt, dass die Beschäftigungsentwicklung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich positiv entwickelt. So ist die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen.

Die SPD will die Politik für die Stärkung der Erwerbsbeteiligung Älterer fortsetzen. Die Maßnahmen der Initiative 50 plus weisen in die richtige Richtung. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und die Erwerbstätigkeit älterer Beschäftigter sind für viele aber trotzdem nur dann eine realistische Alternative, wenn gleichzeitig den hart arbeitenden Beschäftigten die Chance eingeräumt wird, im Alter auch kürzer zu treten, und dies solidarisch abgesichert wird.

- Die Teilrente soll als Instrument eines flexiblen Ausstiegs aus dem Erwerbsleben stärker als bisher genutzt werden können. Hierzu sollen die Hinzuverdienstgrenzen deutlich angehoben werden oder ganz wegfallen.
- Ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitverkürzung im Alter bleibt die Altersteilzeit. Die SPD hat bereits dafür gesorgt, dass die Aufstockungsbeträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und SV-Beiträgen befreit bleiben. Ein Zuschuss der BA soll ab 2010 befristet bis 2015 künftig nur noch für die Fälle erfolgen, in de-

nen der Arbeitgeber die frei gewordene Stelle mit einem Absolventen oder einer Absolventin eines staatlich anerkannten Ausbildungsberufes wiederbesetzt. Für Kleinbetriebe wird geprüft, ob die BA-Förderung auch gezahlt werden kann, wenn im Gegenzug Auszubildende eingestellt werden.

- Die Möglichkeit, Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zu entrichten, haben bislang nur die Versicherten und dies nur zum Zweck der Vermeidung von Abschlägen. Die SPD will, dass künftig auch die Arbeitgeber Zusatzbeiträge leisten können und diese auch Renten steigernd eingezahlt werden können.
- Da immer mehr Betriebe Langzeit-Arbeitszeitkonten nutzen, muss die Verpflichtung zur Insolvenzsicherung gesetzlich geregelt werden.

Die Beschäftigungsentwicklung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt sich positiv. Die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen ist in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen und übertrifft damit bereits heute das Ziel der Lissabon-Strategie von 50 Prozent bis 2010. Die Bundesregierung hat unter sozialdemokratischer Verantwortung die richtigen Schritte für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer eingeleitet. Die Maßnahmen der Initiative 50 plus und neue Instrumente zur Reintegration von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen weisen in die richtige Richtung. Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, denn

wir brauchen die Erfahrungen und Kenntnisse älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bereits im Oktober 2007 hat die SPD Eckpunkte vorgestellt, wie die langfristige Anhebung des Renteneintrittsalters durch geeignete arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regelungen sinnvoll flankiert werden kann. Kernpunkte sind Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Regelungen, die gleitende Übergänge aus der Arbeit in die Rente ermöglichen. Nicht nur die Politik, vor allem die Tarifpartner sind gefordert.

Altersveränderte Belegschaften und differenzierte Altersstrukturen müssen von allen betrieblichen Akteuren wahrgenommen werden. Altersbezogenes Personalmanagement muss sich etablieren. Innovation, Qualifizierung und Wissens- und Erfahrungstransfer muss in den Belegschaften organisiert werden. Die durchschnittliche Lebenserwartung wird in den nächsten 20 Jahren weiter steigen. Vielen Menschen wird es möglich sein, länger zu arbeiten und gesund zu bleiben. Deshalb war es richtig und notwendig, das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2029 auf 67 Jahre zu erhöhen. Angesichts des sich verändernden Altersaufbaus der Bevölkerung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels stabilisiert diese Entscheidung die Rentenfinanzen und stärkt die Wachstumskräfte in Deutschland.

Die SPD hat eine Arbeitsgruppe „Altersgerechtes Arbeiten – Zukunftssichere Renten“ unter Leitung von Elke Ferner eingerichtet, die bis zum Herbst dieses Jahres ein Gesamtkonzept vorlegen wird.

Duin: Wulff muss jetzt Farbe bekennen

Die SPD Niedersachsen unterstützt die Pläne der Bundespartei, den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand durch die Fortführung der geförderten Altersteilzeit und durch die Stärkung von Teilrenten flexibler zu regeln. „Für diejenigen, denen es nicht möglich ist mit 67 in Rente zu gehen, brauchen wir solche flexiblen Übergänge in den Ruhestand. Die Maßnahmen, die von der Bundespartei vorgeschlagen wurden, finden unsere volle Unterstützung“, so Garrelt Duin. „Ältere Arbeitnehmer werden auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht. Die Politik muss deshalb die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Die geförderte Altersteilzeit ist ein richtiger Schritt um wichtige Erfahrungen und Kompetenzen weiterhin zu nutzen“, so Duin. Gleichzeitig sieht er durch die Maßnahmen Beschäftigungsperspektiven für junge Menschen: „Dort wo Teilzeitkontingente frei werden, müssen junge Menschen in Beschäftigung gebracht werden. Mit diesem Modell der Altersteilzeit sichern wir Beschäftigung und schaffen neue.“ Die Ablehnung der Altersteilzeit-Pläne durch die CDU stößt in der SPD auf Unverständnis. Duin fordert den Ministerpräsidenten von Niedersachsen und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, Christian Wulff zum Handeln auf: „Im vergangenen Oktober hat Wulff sich als Befürworter der geförderten Altersteilzeit geoutet. Jetzt kann er zeigen, dass es sich nicht nur um ein reines Wahlkampfmanöver handelte. Er muss Farbe bekennen und Mehrheiten in der CDU für die Fortführung der Altersteilzeit organisieren.“ Im Rahmen der IdeenExpo 2007 hatte Wulff der IG Metall und der Niedersachsen-Metall die Bereitschaft signalisiert, an der geförderten Altersteilzeit festzuhalten und sich hierfür einzusetzen.

Gespräch mit Vertretern niedersächsischer Krankenhäuser

Die Probleme der Krankenhausfinanzierung waren Thema bei einem Informationsaustausch, zu dem die Landesgruppe Niedersachsen der SPD-Bundestagsfraktion Vertreter der Krankenhäuser nach Berlin eingeladen hatte.

Auch Nanno Schoolmann von der Ubbo-Emmius-Klinik und Ulrich Pomberg vom Hans-Susemihl-Krankenhaus nahmen an dem Gespräch teil. Hauptgesprächsthema war die so genannte „Deckelung“, die nach Meinung der Verantwortlichen der Krankenhäuser ein Arbeiten ohne Verluste nicht mehr zulasse. „Die Sorgen der Krankenhausverwaltungen sind verständlich“, so Garrelt Duin dazu.

„Krankenhäuser brauchen eine solide finanzielle Ausstattung. Gerade im Gesundheitsbereich sollte nicht an falscher Stelle gespart werden.“ Aus Sicht der Krankenhausverwaltungen wurde die nicht mehr tragbare Situation erläutert, die durch die Budgetfestlegung entstanden ist. Garrelt Duin



Garrelt Duin: „Die Sorgen der Krankenhausverwaltungen sind verständlich“

verwies darauf, dass ausreichende Investitionsmittel den Krankenhäusern bereitgestellt werden müssten. Hier seien alle politischen Ebenen gefordert.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete wies auf das geringe Investitionsvolumen des Landes Niedersachsen hin. Hier müsse umgedacht werden, um eine sichere Gesundheitsversorgung der Bürger vor Ort sicherzustellen.

In den kommenden Wochen erarbeitet das Bundesgesundheitsministerium eine Neujustierung des ordnungspolitischen Rahmens der Krankenhausfinanzierung. „Das Gespräch zwischen den Abgeordneten und den niedersächsischen Krankenhäusern in Berlin hat dazu beigetragen, die berechtigten Anliegen der Krankenhäuser in die parlamentarische Beratung der erwarteten Vorlage des Ministeriums einzubringen“, so Duin.

Termine

- 16. Mai 2008

8. Emdener Energietage. Berufsbildende Schulen II Emden, 11.30

- 16. Mai 2008

Sitzung des Bezirksvorstands Weser-Ems, Oldenburg, 15 Uhr

- 17. Mai 2008

Verabschiedung Hans-Werner Pickel. Norden, 11 Uhr

- 21. Mai 2008

Mitgliederversammlung Ortsverein Oldenburg-Eversten. Kleingartenheim Eversten, 19.30 Uhr

- 26. bis 30. Mai 2008

Sitzungswoche Deutscher Bundestag

SPD-Landesgruppe: „Die Zukunft des VW-Gesetzes“

Die SPD-Landesgruppe Niedersachsen sprach am 9. Mai 2008 mit dem VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh zum Thema „Die Zukunft des VW-Gesetzes“. Es herrschte große Einigkeit unter den niedersächsischen SPD-Abgeordneten, dass es jetzt die wichtigste Aufgabe sei, das neues, EU-konforme VW-Gesetz auf den Weg zu bringen und somit die Entscheidung des EuGH in nationales Recht umzusetzen. Der Kabinettsentwurf aus dem Bundesjustizministerium wird noch vor der Sommerpause erwartet. Bernd Osterloh: „Die Kanzlerin muss jetzt zeigen, dass das VW-Gesetz unverhandelbar ist.“



Die niedersächsischen SPD-Abgeordneten Clemens Bollen, Carola Reimann und Garrelt Duin mit dem VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh (2.von rechts).



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de